

Kein Sonderopfer der Beamt*innen – GERECHTE BESOLDUNG JETZT!

Aktionen gegen Kürzung und Sparhaushalt - 09.-13. 12.

Die Hessische Landesregierung hat ihren Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 vorgestellt. Finanzminister Lorz erklärt „*Wir haben den Mut auch zu unpopulären Entscheidungen.*“ Das stimmt! Denn geplant sind ein „**Konsolidierungsbetrag**“ der Beamt*innen und **Stellenabbau** im öffentlichen Dienst.

Obwohl die Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist, soll die für August gesetzlich vorgesehene Anhebung um 5,5 Prozent verschoben werden. Damit spart das Land Hessen **180 Millionen** an seinen Beamt*innen – zusätzlich zu dem, was Hessen durch die **verfassungswidrige Besoldung seit mindestens 2013** bereits eingespart hat. Den Beamt*innen wird schon wieder ein **Sonderopfer** abverlangt! Gleichzeitig wird angekündigt, jede 3. freiwerdende Stelle nicht wieder zu besetzen, ausgenommen Schulen, Polizei und Justiz. Damit verschlechtert das Land die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sowie die Leistungen für die Bürger*innen und hält junge Menschen vom öffentlichen Dienst fern. Die Anhebung um 5,5 Prozent ab August setzt das **Tarifergebnis** um, für das die Hessischen Tarifbeschäftigten auch mit Unterstützung der Beamt*innen gekämpft haben. Die Landesregierung begeht einen **schweren Vertrauensbruch**.

Das Vorhaben ist auch **wirtschaftspolitisch falsch**, denn in einer konjunkturellen Schwächephase muss die öffentliche Hand die Ausgaben stabilisieren und gegebenenfalls mit zusätzlichen Ausgaben einen Aufschwung einleiten. Stattdessen will die Hessische Landesregierung insbesondere zu Lasten der Beamt*innen noch extra kürzen und die Nachfrage schwächen. Und als wäre das **noch nicht genug**, verkündet Minister Lorz: „*Der Haushalt 2025 verlangt uns in Hessen Vieles ab. Schon heute ist klar: Der Haushalt 2026 wird dies mindestens ebenso tun.*“

Klar ist, das lassen wir nicht mit uns machen!

Darum rufen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften zu einer **Aktionswoche auf und fordern:**

- **Keine Verschiebung der Besoldungserhöhung von August auf Dezember 2025!**
- **Keine Stellenkürzungen!**
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer, denn alle Einnahmen aus dieser Steuer fließen in die Kassen der Bundesländer!**
- **Grundlegende Reform der Schuldenbremse, weil sie eine konjunkturgerechte Wirtschaftspolitik verhindert. Wegen der Schuldenbremse sind die staatlichen Investitionen viel zu gering, der Zustand vieler öffentlicher Gebäude marode und der öffentliche Personenverkehr unzureichend!**

Weitere Informationen unter: <https://hessen-thueringen.dgb.de/>

